

## Landtagsrede

**Horst Becker MdL**

**kommunalpolitischer Sprecher**

Rede im Plenum am 30. August 2006:

### **Erste Lesung des Landeshaushalts 2007 - Gemeindefinanzierungsgesetz**

---

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Anrede,

wer beim GFG 2006 aufgepasst hat, weiß:

Die Kommunen sind neben den Kindern und Jugendlichen der Verlierer ihrer Haushaltspolitik!

Ihre sogenannten Sanierungsanstrengungen gehen zu Lasten Dritter:

Die Landesregierung spart auf Kosten der kommunalen Familien, sie verlagert seit diesem Jahr viele Kosten auf die kommunale Ebene. Und Herr Minister Linsen und auch Herr Ministerpräsident Rüttgers:

Wenn ihre Regierung, wenn Herr Rüttgers von Taschenspielertricks redet, dann muss doch festgehalten werden, dass Sie die Taschenspieler sind!

**Sie** sind die Obersten Taschenspieler in NRW, wenn Sie allen Ernstes behaupten, dass Sie den Kommunen im Jahr 2007 820 Mio. mehr zur Verfügung stellen als 2006.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP: Sie haben im Jahr 2006 auf einen Schlag alle Kredite der Kommune abgezogen, das waren rund 680 Mio. Euro!

Sie haben im Jahr 2006 die Berechnungssystematik für das GFG so geändert, dass die Kommunen in diesem Jahr nur teilweise und mit Verzögerung an den Steuermehreinnahmen partizipieren.

Sie enthalten mit dieser Systematik den Kommunen auch in 2007 bei den zu erwartenden steigenden Steuereinnahmen den eigentlich den Kommunen zustehenden Anteil vor!

Und Sie verschlechtern die Lage der Kommunen für 2007 mit folgenden Eckpunkten:

- weitere - 49 Mio. Ausfall durch Wegfall Elternbeiträgeausgleich bei den Beiträgen der Kindertagesstätten (insgesamt jährlich 85 Millionen Euro - die ganze Kürzung schlug 2006 aufgrund der späten Verabschiedung des Haushalts noch nicht durch); insbesondere in diesem Bereich werden die Folgen der Politik gegen Kinder deutlich. Mit drastischen Gebührenerhöhungen müssen die Haushaltssicherungskommunen die Reduzierung der Ausgleichszahlungen auffangen. Auch für 2007 sieht die Landesregierung hier keine Verbesserungen vor.
- 94 Mio. Mehrkosten durch höhere Beteiligung bei der Krankenhausfinanzierung (40 statt 20 Prozent)
- 18 Mio. Weiterbildung (erhebliche zusätzliche Kürzung, obwohl bereits im letzten Jahr massiv gekürzt wurde)
- 3 Mio. Altlastensanierung
- 104 Mio. GFG (Steuerverbund)
- 170 Mio. kommunaler Anteil an der Grunderwerbsteuer
- -18 Mio. bei sozialen Wohnungsbau

Lassen Sie uns auf einige besonders bedeutende Posten einen genaueren Blick werfen:

**Mit dem GFG 2007 wird die Optik auf den ersten Blick gewahrt, der Verbundsatz bleibt bei 23 Prozent.** Der Innenminister hat heute auch gern darauf hingewiesen, dass aufgrund des erhöhten Steueraufkommens und des neuen Verfahrens der zeitnahen Abrechnung den Kommunen in 2007 gegenüber der jetzigen Schätzung noch einmal 200 Mio. Euro mehr zur Verfügung stehen würde. Damit ließe sich rechtfertigen, dass die Kommunen einen Solidarbeitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes in Höhe von 168,8 Mio. leisteten. **Er suggeriert also ein sozusagen neutrales Geschäft wenn der sich im GFG bedient und den Kommunen den 4/7 Anteil aus dem Aufkommen der Grunderwerbssteuer streicht.**

Meine Damen und Herren, dies ist ein Taschenspielertrick! Jetzt, wo es wenigstens wieder ein wenig aufwärts geht mit den Steuereinnahmen, jetzt, wo den Kommunen wenigstens ein kleiner Teil dieser Mehreinnahmen wieder anteilig zu Gute kommen muss - eben der Anteil der Kommunen - jetzt ziehen Sie dies an anderer Stelle wieder ab und schreiben die kommunalen Finanzanteile auf absolut niedrigem Niveau fest! Sie betrügen die Kommunen um ihren fairen Anteil - immerhin ein Betrag von nach derzeitigem Stand ca. 170 Mio., der nicht in den

Steuerverbund einget. Die Kürzung, die Sie da vorhaben, bedeutet für die Kommunen ein Minus von 2,5 Prozent.

Ich habe schon im Mai während der Haushaltsberatungen 2006 prophezeit, dass sich der Innenminister weiter bei den kommunalen Zuweisungen bedienen wird, genau dieses ist nun mit dem GFG 2007 eingetroffen.

Das ist die erste traurige Wahrheit die Sie zu verantworten haben, wohl wissend, dass Sie mit dem Versprechen durch die Lande gezogen sind, CDU und FDP werde die Kommunen besser stellen. Wohl wissend, dass derzeit 197 Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten arbeiten müssen, davon 117 sich in vorläufiger Haushaltsführung befinden. Wohlwissend, dass die Kommunen ihre Investitionen auf lange Sicht massiv zurückgefahren haben und viele ihre Pflichtaufgaben nur noch unter Zurhilfenahme von Kassenkrediten bewältigen.

Die nächsten Wahrheiten sind nicht im GFG selbst zu finden, sondern im Haushaltsgesetz.

Dort heißt es u. a. (S. 27): "durch eine Änderung des § 19 Abs 1 Krankenhausgesetz NRW soll die kommunale Beteiligung an den förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach §9 Abs KHG NRW von bisher 20 v. H. um 20 Prozentpunkte auf insgesamt 40 v. H. erhöht werden. Mit den erhöhten Einnahmen wird u. a. ein Krankenhaussonderprogramm in Höhe von 40 Mio. Euro aufgelegt. Unter Einbeziehung dieser erhöhten Ausgaben werden durch die geplante Gesetzesänderung Einnahmeverbesserungen in Höhe von 110 Mio. Euro erzielt."

Meine Damen und Herren, was heißt das im Klartext? Das heißt doch im Klartext, die Kommunen finanzieren die dringend erforderliche Aufstockung der Mittel um 40 Mio. für die Krankenhausinvestitionen, deren Bereitstellung der zuständige Minister erst im letzten Jahr gestoppt hat. Zusätzlich verschwinden aber weitere 70 Mio. im allgemeinen Haushalt. Die Kommunen finanzieren dies, obgleich es rechtlich Aufgabe des Landes ist, Mittel für die Krankenhausinvestitionen bereitzustellen, sie finanzieren dies obendrein, obwohl die Krankenhäuser in NRW zu 70 Prozent freigemeinnützig und nur zu ca 20 Prozent kommunal geführt sind. Weitere Trägerschaften wie die Landeskrankenhäuser und die Knappschaft kommen mit insgesamt 10 Prozent hinzu. Wer zusätzlich noch weiß, wie schwierig die Finanzlage vieler kommunaler Krankenhäuser nach den Tarifverhandlungen der Ärzte ist, der weiß in welche Zwangslage die Landesregierung die Kommunen durch diesen Extra-Beitrag bringt.

Auf der gleichen Seite des Haushaltsgesetzes finde ich dann den nächsten Konsolidierungsbeitrag der Kommunen:

die Mittel nach dem Weiterbildungsgesetz NRW werden von 96,4 Mio. Euro um rund 18,2 Mio. Euro gekürzt, obgleich schon im vergangenen Jahr eine zusätzliche Kürzung von 5 Prozent vorgenommen wurde. Im Vergleich zur gesetzlich fixierten Leistung dieser pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe werden nun nur noch 62 Prozent an die kommunalen Träger und an die Einrichtungen in freier Trägerschaft ausgezahlt. Dies wird nun auch noch bis zum Jahr 2010 als Konsolidierungsbeitrag festgeschrieben und den Trägern als Planungssicherheit verkauft. Wie die Kommunen eine Pflichtaufgabe unter diesen Bedingungen erfüllen sollen, bleibt schleierhaft und ist auch eine Frage die meiner Meinung nach das Konnexitätsprinzip berührt.

Damit setzt sich der Trend aus dem Jahr 2006 fort zu dem festzustellen ist:

1. Die Kommunen erhielten mit dem GFG 2006 weniger Geld als in 2005. Entgegen der vehementen Beteuerungen der CDU in der Opposition wurde der Verbundsatz letztlich dauerhaft um 1,1 Prozent abgesenkt, d.h. der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen wurde gesenkt. Einzig die Systemumstellung führte dazu, dass optisch der Steuersatz gehalten wurde.
2. weitere Einschnitte und Kostenverlagerungen griffen mächtig in die Haushalte vor Ort ein und schufen obendrein einen gewaltigen Ärger.

Ich nenne die unglaubliche Debatte um die Erhöhung der Elternbeiträge für den Kindergartenplatz, der wiederum die Familien belastet und besonders in den notleidenden Kommunen in NW dazu führt, dass der Elternbeitrag für die Familien steigt - und dass während gleichzeitig im Bund und von Seiten der FDP in NRW der kostenlose Kindergartenplatz propagiert wird. Meine Damen und Herren, viel weiter können propagierter Anspruch und Wirklichkeit nicht auseinander liegen als hier in NRW.

Ich nenne nur das Gehampel um die Zuschüsse zu den Schulbüchern für Kinder aus SGB II Familien, das zu Beginn des neuen Schuljahres zahlreiche Räte, Schulen und vor allen Dingen die Eltern beschäftigt. Denn sie haben das Nachsehen. Den Ärger haben die Kommunen bei dieser Form der "Neuen Freiheit" mit der die Landesregierung die Kommunen beglückt, in vielen Fällen können Kommunen mit Nothaushalten und mit Haushaltssicherungskonzepten die Kosten nicht auffangen und müssen sie an die Familien weitergeben. Mit dem Resultat, dass in NRW der Bildungserfolg von Kindern aus armen Familien schon an der Hürde der Schulbuchbeschaffung scheitert.

Ich nenne die Kürzung von 5 Prozent in 2006 gegenüber dem schon in 2005 um 15 Prozent gekürzten Ansatz in der Weiterbildung. Und das, obwohl Sie bei der Haushaltsberatung 2005 noch laut dagegen protestiert hat. Dies hat an den Volkshochschulen, bei den Bildungswerken in freier Trägerschaft und in den Familienbildungsstätten zu einer Erhöhung der Beiträge geführt haben und damit erneut gerade einkommensschwache Schichten von Weiterbildung abhalten.

Ich nenne die Absenkung der Zuschüsse zu den Schülerfahrtkosten dauerhaft um 27 Mio. EURO kürzen, im Jahre 2007 sogar einmalig um 49,4 Mio. EURO.

Meine Damen und Herren,

der Haushaltsentwurf 2007 setzt diese Strategie fort:

Festzuhalten bleibt, meine Damen und Herren,

der Haushalt des Landes NRW wird zu Lasten der Kommunen saniert.